

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.

Verantwortlicher:
Schneeberg 51.
Juni 26.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johann-georgenstadt, Kösnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 132

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntag und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 80 Pf. Einzelhefte werden zu 20 Pf. abgegeben. In den amtlichen Kreisen ist der „Erzgebirgische Volksfreund“ als amtliches Organ anerkannt. In den amtlichen Kreisen ist der „Erzgebirgische Volksfreund“ als amtliches Organ anerkannt.

Sonnabend, 11. Juni 1898.

Inseraten-Kontingente für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis Sonntag 11 Uhr. Eine Übergangsfrist für die nachmittägliche Aufnahme der Inserate bis an den vorgezeichneten Tagen lautet an bestimmter Stelle wird nicht gegeben. Kostentlicher Aufschlag nur gegen Voranbestellung. Die Rückgabe eingeleiteter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verantwortlich.

51. Jahrgang

Wegesperrung im Sosaer Staatsforstrevier betr.

Wegen Beschötterung und Abwägung eines Tractes des im Staatsforstreviere Sosa liegenden sogenannten Grampnerweges wird der zwischen der Grampner Flurgrenze und dem Schnittpunkte des genannten Weges mit der Rothgrubner Straße liegende Theil desselben vom 13. Juni c. bis auf Weiteres für allen Fahrverkehr gesperrt und letzterer auf den durch Abth. 86 und 87 des oben gedachten Reviers führenden Theil des Rothgrubner Weges und auf den am rechten Steindachser des Johanngeorgenstädter Staatsforstreviers gelegenen Fahrweg verwiesen.

Schwarzenberg, am 8. Juni 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Frz. v. Wirking.

A m t s t a g

M i t t w o c h, den 15. Juni 1898,
von Vormittags 1/2 11 Uhr an

im Rathhause zu Schönheide.

Schwarzenberg, am 8. Juni 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Frz. v. Wirking.

Reichstagswahl im 21. Wahlkreis betr.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen für den 21. Wahlkreis wird Montag, den 20. Juni 1898 Mittags 12 Uhr im großen Saalzimmer des Rathhauses zu Schönheide ermittelt werden. Der Zutritt zu diesem Lokale steht jedem Wähler offen. Die Wahlvorsteher und eventuell deren Stellvertreter werden daran erinnert, daß gemäß § 25 des zur Ausführung des Reichstagswahlgesetzes erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken, darunter auch den für ungültig erklärten Stimmzetteln, vorisfrei und möglichst bald nach der Wahl, jedenfalls aber so zeitig an mich einzureichen sind, daß sie spätestens im Laufe des dritten Tages nach dem Wahltermin in meine Hände gelangen. Für pünktliche Ausführung dieser Vorschrift sind die Wahlvorsteher oder deren Stellvertreter verantwortlich.

Zu den Wahlen.

Nur eine einzige Woche trennt uns noch von dem Wahltag. Die Wahltagung ist, obwohl im Ganzen verhältnismäßig ruhig, doch noch überall in härteren Fluss gekommen, und die Wahlversammlungen und Wahlreden wehren sich von Tage zu Tage. Es mag dabei aber daran erinnert werden, daß, so wichtig Wahlversammlungen und Wahlreden auch sind, in ihnen noch keineswegs das wichtigste Mittel zur Erreichung des Erfolges zu erkennen ist. Viel wichtiger, als Wahlreden, Wahlversammlungen und selbst Flugblätter, ist die Organisation, namentlich auch auf dem flachen Lande. Es kommt bei der Natur unserer Wähler, insbesondere unserer ländlichen Wähler, vor allem darauf an, die Bestimmungsgenossen auch an die Wahlurne zu bringen. Gerade die ruhigeren, staatsbehaltenden Elemente bedürfen einer kräftigen Anregung, und es muß dafür gesorgt werden, daß es selbst in dem kleinsten Dorf weder an einer vorgängigen nachdrücklichen Mahnung zur Theilnahme an der Wahl, noch an dem Wahltag selbst an der nöthigen Kontrolle und an der Heranholung sämmtlicher Wähler fehlt. Nach beiden Richtungen pflegen die Gegner, sowohl die Freisinnigen, als namentlich die Sozialdemokraten, die Wahlthätigkeit der konservativen Richtungen regelmäßig zu überfälligen. Es ist aber durchaus geboten, daß auch unsere Organisation auf die Höhe derjenigen der Gegner und auf die Höhe ihrer Aufgabe gebracht wird. Es sollte daher nirgends veräußert werden, noch in letzter Stunde die Wahlorganisation auf ihre Vollständigkeit und Zuverlässigkeit zu prüfen und da, wo etwaige Mängel und Lücken sich herausstellen, diese auszufüllen, damit am Wahltag der Apparat überall so arbeitet, wie es für den Erfolg notwendig ist. Vor allen Dingen möge jeder auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit stehende Wähler selbst dafür sorgen, daß die ihm bekannten Bestimmungsgenossen zur Wahl gehen. Die Agitation von Person zu Person und von Mund zu Mund muß ergänzend zu der größeren Arbeit in den Versammlungen und durch Flugblätter hinzutreten. Thut in dieser Hinsicht jedermann seine Pflicht, so wird auch am 16. Juni der Erfolg nicht fehlen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die „N. A. Z.“ beschäftigt sich heute ausführlich mit dem „Wahlbrief“ des Staatssekretärs Grafen Posadowsky und hält die Ausführungen desselben für selbstverständlich und doch sehr notwendig. Im Eifer des Gefechtes um die wirtschafts-politischen Zielsetzungen sei dieses eine Bandel des Bewusstseins der nationalen Verantwortlichkeit in der Abwehr der Unstetigkeitsbewegungen seitens der bürgerlichen Parteien aufgetrieben, die der zukünftigen Zusammensetzung des Reichstages großen Schaden in nationaler Hinsicht zufügen drohte. Vielfach sei der Meinung Posadowsky geleistet worden, der wirtschaftliche Gegner sei im Vergleich zu den Sozialdemokraten das „größere Uebel.“

Die Notwendigkeit, für die Einigung und Zurückdrängung der bei allen Aufgaben einer gedeihlichen nationalen Entwicklung vergebenden Sozialdemokratie Sorge zu tragen und um dieses Hauptzweckes willen eine gewisse Entfugung zu üben, hätte in vorletzter Stunde nochmals den Parteien nahegebracht werden müssen. Die Wahlthätigkeit der Sozialdemokratie habe die Wahlbewegung in ein unrichtiges Geleise geführt und die Gegensätze verschärft; deshalb sei die Mittellinie der einiaenden Momente verlassen worden, um die trennenden Punkte schärf hervorzutreiben. Die Rückkehr auf den Boden der gemeinsamen Interessen sei aber zur Abwehr des Feindes unseres nationalen Daseins notwendig gewesen.

Berlin, 9. Juni. Der „Reichsanz.“ meldet: Seitens der Reichsbehörden sind die geeigneten Anordnungen getroffen worden, daß kein Reichsbeamter durch die dienstlichen Obliegenheiten gehindert werde, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen vom Wahlrechte Gebrauch zu machen.

Berlin, 9. Juni. Die „N. A. Z.“ hört: Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe beendet in diesen Tagen seinen Aufenthalt in Paris und begibt sich zunächst nach Schillingen, von wo er am 12. Juni nach Berlin zurückkehren gedenkt.

Berlin, 9. Juni. Prinz Friedrich August von Sachsen trifft heute Nachmittag 5 Uhr 18 Minuten hier ein und begibt sich alsbald nach Großlichterfelde, um dort im Kreise der Officiere des Garde-Schützen-Bataillons den Abend zu verleben. Morgen früh wird sich der Prinz als neuernannter Generalleutnant bei dem Kaiser melden und dann einer Uebung der Garde-Cavallerie-Division beiwohnen.

Berlin, 9. Juni. Die „N. A. Z.“ schreibt: Der an dem Bankier Hähner in Langer am 16. März 1896 verübte Mord ist nunmehr gesühnt. Nach der Hinrichtung des marokkanischen Mörders Wajani stand noch die Vollstreckung des vom Schwurgerichte in Coburg über den Mörder spanischer Herkunft Francisco Perez Gallego gefällten Todesurtheils aus. Nachdem der oberste Gerichtshof in Madrid das Urtheil bestätigt hat, ist es am 1. Juni in Coburg vollstreckt worden. Die noch in letzter Stunde von verschiedenen Seiten gemachten Versuche, die Vergeltung des Mörders zu erwirken, blieben erfolglos. Die der Mithäterschaft an dem Morde überführten Marokkaner Jellal und Hassan Gerif verbleiben derzeit die durch das Urtheil des Rabi in Langer gegen sie erkannte längere Gefängnisstrafe.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. Kammer. Bei der heute vorgenommenen endgültigen Wahl eines Präsidents wurde Deschanel mit 287 Stimmen gewählt. Driffon erhielt 277 Stimmen.

England.

London, 9. Juni. Morley hielt eine Rede in Leeds und führte aus, alle Parteien seien dafür eingenommen, daß die Bande der Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien gelockert werden, aber er frage, ob die Allianz den Interessen des Friedens dienen oder eine Kriegsdrohung in sich

Dabei ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Wählerlisten und die Gegenlisten nicht nur die Unterschrift des Wahlvorstehers, sondern auch die des Protokollführers und der Beiführer zu tragen haben (§ 18 Absatz 3 des Reglements), daß diejenigen Stimmzettel, über deren Gültigkeit es nach § 18 des Gesetzes einer Beschlußfassung des Wahlvorstandes bedurft hat, insbesondere also die für ungültig erklärten Stimmzettel mit fortlaufenden Nummern zu versehen und unter Angabe der Gründe, aus denen die Ungültigkeitserklärung erfolgt oder nicht erfolgt ist, dem Protokolle beizufügen sind (§ 20 Absatz 1 des Reglements), sowie endlich, daß nach § 9 des Wahlgesetzes auch die Funktion der Beiführer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Wahlbezirken nur von Personen ausübt werden kann, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden. Annaberg, am 6. Juni 1898.

Amtshauptmann Geint,
Wahlkommissar für den 21. Wahlkreis.

Bekanntmachung.

Der Kirchgemeinde Ober- mit Niederschlema wird anburd bekannt gegeben, daß das Quartier für Kindergräber auf dem alten Friedhof, rechts des Weges von der oberen Pauer bis zum Geräthschuppen, eingegeben werden soll. Kränze und Beidenhaine müssen bis zum 25. Juni a. c. entfernt werden, widrigenfalls sie laut § 50 der diesigen Friedhofordnung der Kirchkasse zur Beräuberung zufallen. Oberschlema, den 9. Juni 1898.

Der Kirchenvorstand.
H. Müller, P.

Schneidelreißig - Auktion auf Steiner Revier.

In der Bahnhofrestauration zu Stein sollen

Montag, den 13. Juni,

Vormittags 10 Uhr

ca. 400 rm im Steinwald und Forst aufbereitetes Schneidelreißig gegen Vorzahlung und unter den zuvor bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Fürstlich Schönburgische Forstverwaltung Stein.

Am 20. und 21. Juni a. c.

Jahrmarkt in Johanngeorgenstadt.

schließen solle. In Bezug auf die Vorschläge betreffend ein Bündniß mit Deutschland erklärte Morley seinen Zuhörern, die Politik Deutschlands sei eine do-ut-des-Politik, und fragte, was Großbritannien zu bieten habe, um Deutschland zu veranlassen, sich für den englischen Handel in Gefahren zu begeben, da im Auge behalten werden müsse, daß Deutschland Englands großer Handelsrival sei, und daß Deutschland es gewesen, welches den Brand in China entzündet habe.

London, 9. Juni. Der Madrider Berichterstatter der „Daily News“ erzählt, Deutschland habe sich in Bezug des Planes, eine Reihe von Kohlenstationen im Mittelmeer zu erwerben, Spanien gegenüber. Man glaube, Spanien dürfte geneigt sein, gegen Deutschlands gute Dienste bei den Vereinigten Staaten die Pachtung einer Station auf den Balearen zu gewähren. Marokko würde wahrscheinlich ebenfalls Willens sein, Deutschland zwei Plätze pachtweise zu überlassen.

London, 9. Juni. Das „Reutersche Bureau“ erzählt: Obwohl die Verhandlungen zwischen Frankreich und England betreffend Westafrika noch nicht zum endgültigen Abschluß gekommen seien, so seien doch alle Fragen über das streitige Gebiet in der Regelung begriffen, und nichts stehe einer befriedigenden Beilegung der Angelegenheit im Wege; es blieben nur Dinge nebensächlicher Natur zur Regelung übrig.

Amerika.

Philadelphia, 9. Juni. Der Kapitän des deutschen Dampfers „Schleswig“ verweigerte ein Depositum von 5000 Dollars zu bezahlen, welches von ihm verlangt wurde wegen eines gegen ihn schwebenden Verfahrens, da er den Hafen von Philadelphia anließ, ohne beim Verlassen von Kingston die notwendigen Ausweise erhalten zu haben. Der Fall wurde nach Washington berichtet und die „Schleswig“ einstweilen bewacht. Man hat das Schahamt von Washington die Hafenbehörden von Philadelphia angewiesen, auf die Erfüllung der Sanitätsbedingungen durch die „Schleswig“ zu verzichten und ihr die Einfahrt zu gestatten. Die Frage einer etwaigen Geldstrafe wird heute noch entschieden werden.

New-York, 9. Juni. Das „Evening Journal“ berichtet aus St. Thomas: Der Gouverneur von Portorico, General Macias, hat den englischen Konsulatssekretär Deit aus San Juan ausgewiesen unter der Beschuldigung, den Vereinigten Staaten Nachrichten geliefert zu haben. Vorher sei Deit sehr übel behandelt worden und 56 Stunden eingekerkert gewesen. Auf einen Protest des englischen Generalkonsuls habe der Gouverneur Macias die britische Kolonie in San Juan offen beschuldigt, die Pläne der im Hafen gelegten unterirdischen Minen verrathen zu haben; er habe auch noch 30 britische Unterthanen vorgeladen, dieselben einem eingehenden Verhör unterworfen und eine Anzahl derselben 24 Stunden lang eingesperrt. In der Depeche wird hinzugefügt, in Wirklichkeit seien die Pläne von mehreren dem Gouverneur